

# Pressemitteilung

12. Juli 2003

## **Landeskirche muss mit weniger Geld auskommen.**

Trotz etwas mehr Kirchensteuereinnahmen in diesem Jahr muss die Kirche sparen.

Stuttgart. Die allgemeine wirtschaftliche Lage und die geplante Steuerreform führten mittelfristig zu weniger Kirchensteuereinnahmen für die Evangelische Landeskirche in Württemberg. In der mittelfristigen Finanzplanung seien deshalb Einsparungen bei der Landeskirche und bei den Kirchengemeinden vorgesehen, so Oberkirchenrat Peter Stoll vor der Synode am Freitag, 11. Juli.

Angestrebt sind Einsparungen in Höhe von 16 Millionen Euro pro Jahr. Bisher war geplant, diesen Betrag durch Kürzungen im Bereich der landeskirchlichen Einrichtungen und Verwaltung zu sparen. Da aber laut Stoll schon absehbar sei, dass trotz aller Bemühungen nicht das gesamte Sparvolumen auf diesem Weg realisiert werden könne, müsse auch über Kürzungen bei den Kirchengemeinden nachgedacht werden. In der mittelfristigen Finanzplanung sei deshalb dazu vorgesehen, den Kirchengemeinden zukünftig weniger Kirchensteuereinnahmen zuzuweisen. Bis 2006 soll dies durch geringere Zahlungen in die Ausgleichsrücklage geschehen. Ab 2007 sollen die Kirchengemeinden ein Prozent weniger Kirchensteuern bekommen. Bisher wurden die Kirchensteuereinnahmen zwischen Landeskirche und Gemeinden hälftig geteilt.

Die kirchlichen Verwaltungsstellenleiter hatten sich im Vorfeld gegen die Senkung der Kirchensteuerverteilsomme ausgesprochen. Stattdessen befürworteten sie, auf die für 2007 geplante Erhöhung des Ausgleichsstocks zu verzichten. Aus dem Ausgleichsstock werden kirchliche Bau- und Renovierungsvorhaben bezuschusst. Diesen Vorschlag lehnt der Oberkirchenrat jedoch ab, da dann zuwenig Geld für die Sanierung der kirchengemeindlichen Immobilienbestände zur Verfügung stünde. Die mit der mittelfristigen Finanzplanung angestrebte Planungssicherheit für die Kirchengemeinden sei nicht gleichbedeutend mit immer gleich bleibenden Kirchensteuerverteilmitteln, so Stoll.

Notwendig sind die Sparmaßnahmen laut Stoll wegen der zu erwartenden Entwicklung der

Kirchensteuereinnahmen. 2003 könne die Kirche zwar mit etwas mehr Kirchensteuer rechnen, als dem Haushaltsplan zugrunde liegt, „die nächsten zwei Stufen der Steuerreform treffen uns aber 2004 und 2005“, so Stoll. Außerdem erhole sich die Konjunktur langsamer als ohnehin befürchtet. Deshalb ändere sich trotz der Mehreinnahmen nichts an der Notwendigkeit der Sparmaßnahmen.

Besonders hart würde die Kirche das Vorziehen der Steuerreform treffen: In diesem Fall müssten der Ausgleichsrücklage fast 50 Millionen Euro entnommen werden. „Die Ausgleichsrücklage wäre damit kurzfristig in Gefahr, ihre gesetzliche Mindesthöhe zu unterschreiten“, so Stoll.

Die Synode hat nach intensiver Diskussion der mittelfristigen Finanzplanung die zustimmende Kenntnisnahme versagt. Als Gründe nannten die Synodalen in ihren Voten unter anderem die bisher aus ihrer Sicht mangelnde Transparenz der Sparbemühungen auf Seiten der kirchlichen Verwaltung und die geplante Verschiebung des Kirchensteuerverteilschlüssels zu Ungunsten der Gemeinden.

Ulrich Bubeck

Weitere Informationen bei: <a href="http://www.elk-wue.de/cms/landeskirche/landessynode">http://www.elk-wue.de/cms/landeskirche/landessynode</a>
--